

DPG-Rundbrief – Februar 2019

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

1. Israel beendet internationale Beobachtermission in der Stadt Hebron

Netanjahus Regierung missachtet stets das Völkerrecht, verletzt bewusst internationale Vereinbarungen, bricht die Menschenrechte, lässt palästinensische Einwohner vertreiben, verhaften und schikanieren, fördert den Bau von völkerrechtswidrigen jüdischen Kolonien auf gestohlenem Grund und Boden und möchte keine Kritik darüber wahrnehmen. Berichterstatter, NGOs und Beobachter vor Ort, die diese Missstände kritisieren, werden als Israel-Feinde ausgemacht. Nun will Netanjahu die international eingesetzte Beobachtungsmission in Hebron „mundtot“ machen.

Dazu eine Erklärung der **Palästinensischen Mission in Berlin vom 30.01.2019**

Nach mehr als 20 Jahren wird Israel das Mandat für die internationale Beobachtermission (TIPH-Mission) in der Stadt Hebron, in der besetzten Westbank, nicht verlängern. Dies kündigte Ministerpräsident Netanjahu am Montag an.

Er begründete seine Entscheidung mit den Worten: „Wir werden den weiteren Einsatz einer internationalen Kraft, die gegen uns agiert, nicht erlauben.“



Scharfe Kritik kam vom palästinensischen Regierungssprecher Nabil Abu Rudeineh. Er sagte in einer Erklärung: „Wir fordern die Länder dieses Abkommens auf, eine klare Haltung zur israelischen Entscheidung einzunehmen und sofort zu handeln, um Druck auf die israelische Regierung auszuüben, das Abkommen, wie vereinbart, fortzusetzen. Israel darf nicht über dem Gesetz stehen.“ So schaffe das Vorgehen der israelischen Regierung eine Atmosphäre der Anspannung und Sorge für Chaos in der Region, so Abu Rudaineh weiter.

Auch PLO-Generalsekretär Dr. Saeb Erekat kritisierte die Entscheidung in seiner Erklärung scharf: „Wir fordern die Vereinten Nationen auf, die Sicherheit und den Schutz des palästinensischen Volkes zu gewährleisten. Dazu gehört nicht nur eine dauerhafte Präsenz der TIPH in Hebron, sondern eine dauerhafte, internationale Präsenz im besetzten Palästina, einschließlich in Ost-Jerusalem bis zum Ende der kriegerischen Besatzung durch Israel.“

Ebenso kritisierte PLO-Exekutivmitglied Dr. Hanan Ashrawi kritisierte in ihrer Erklärung die israelische Entscheidung, die nur wenige Tage nach dem gewaltsamen Tod von Hamdi Naasan und vielen Verletzten durch Siedler und Besatzungstruppen auf das Dorf al-Mughayir kommt. Sie sagte wörtlich: „Ministerpräsident Netanyahu und seine rechtsgerichtete und rassistische Regierung vertreiben die Zeugen der Verbrechen, die extremistische, bewaffnete Siedler begangen haben. Sie sollen vor jeder Verantwortung für ihre Gesetzlosigkeit und ihre ungeheuerlichen Verstöße geschützt werden.“ Sie erinnerte insbesondere an die UN-Res. 904 vom 18.03.1994 die auf den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung, einschließlich einer vorübergehenden internationalen oder ausländischen Präsenz zielt. Auch sie appellierte an die Vereinten Nationen sicherzustellen, dass TIPH in Hebron verbleibt, um sein wichtiges Mandat zu erfüllen.

Zum Hintergrund

In der Stadt Hebron leben 175.000 Palästinenser. Sie ist die größte palästinensische Stadt in der besetzten Westbank. Im Zentrum der Stadt gibt es vier völkerrechtswidrige Siedlungen mit etwa 800 Siedlern, die von fast ebenso vielen israelischen Soldaten „geschützt werden“.

Die TIPH-Mission wurde 1994 in Hebron nach einem Massaker eines jüdischen Siedlers, der 29 Palästinenser im heiligen Fastenmonat Ramdan in der Moschee von Hebron getötet und Dutzende verletzt hat, eingerichtet. Die Mission besteht aus rund 60 zivilen Beobachtern, die aus Norwegen, Italien, Schweiz, Türkei und Schweden stammen. Sie hatten die Aufgabe, das zivile Leben in der Stadt Hebron aufrechtzuerhalten und ein Sicherheitsgefühl unter den Palästinensern, die in der Stadt leben, zu schaffen. Mehrfach hatten die Beobachter in der Vergangenheit über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen Abkommen durch Israel berichtet.

2. Israels rechte Freunde in Europa und den USA: Vortrag von Dr. Shir Hever in Bonn

„Israels rechte Freunde in Europa und den USA“, unter diesem Titel sollte am 24. Januar in Bonn ein Vortrag von Shir Hever zum wachsenden Einfluss rechter evangelikaler Christen auf die amerikanische Nahost-Politik und der zunehmenden Unterstützung der israelischen Politik durch die extreme Rechte in Europa stattfinden. Dr. Shir Hever ist politischer Ökonom. Er arbeitet als Forscher und Journalist und hat zwei Bücher über die israelische Besetzung in Palästina geschrieben.

Eingeladen wurde Dr. Shir Hever von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland - Bonn. Sie wird unterstützt von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., der Bonner Jugendbewegung, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft NRW-Süd und der BDS-Gruppe Bonn. <https://www.facebook.com/events/2235344916709482/>

Der Vortrag wurde Ziel eines Netzwerks von Israel-Nationalisten, das bundesweit seit Jahren Veranstaltungen der mit Palästina solidarischen Zivilgesellschaft mit Antisemitismus-Verleumdungen überzieht. Damit setzte es den Bonner Oberbürgermeister und die Eigentümer der Veranstaltungsräume unter Druck, so dass der Vortrag auf den 4. Februar verschoben werden musste. Die Palästinensische Gemeinde fordert den Bonner Oberbürgermeister sowie die Ratsfraktionen in einem offenen Brief dazu auf, diesen Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung abzuwehren.

<https://www.facebook.com/groups/PGBonn/permalink/1181797295304630/>

Der Vortrag von Dr. Shir Hever findet statt am Montag, 04. Februar um 19:00 Uhr in Bonn, der Veranstaltungsort wird am Montag um 12 Uhr veröffentlicht über die Seite: http://bonner-jugendbewegung.org/Veranstaltung/israels-rechte-freunde-in-europa-und-den-usa/?instance_id=219

Der Veranstaltungsort ist vom Hbf. Bonn mit öffentlichen Verkehrsmitteln in kurzer Zeit zu erreichen, wir werden ihn am Montag um 12 Uhr auch per email bekannt geben!

Bei Interesse steht Herr Dr. Shir Hever für ein Pressegespräch zur Verfügung.

Kontakt:

George Rashmawi
Schützenstraße 4a
53772 Hennef
g.rashmawi@gmx.de
Telefon: 0178-2876900

3. Vortrag von Nazih Musharbash über das neue Nationalstaatsgesetz Israels im Gemeindezentrum Zion in Bremen

Leider konnte der Referent für diesen Abend, Ass. Prof. Dr. Abed Schokry, aus Gaza, wie schon befürchtet nicht ausreisen, da die Grenze zu Ägypten durch einen Streit zwischen der PA in Ramallah und der Hamas in Gaza durch den Abzug der Grenzbeamten der Fatah gesperrt worden war. Auch Ägypten ließ keinen Bewohner aus Gaza mehr raus, sondern nur noch Rückkehrer. Wie lange diese für die Bewohner des GAZA-Streifens sich weiter verschärfende Krisensituation anhält, vermag aktuell keiner zu prognostizieren.



Die Veranstalter hatten vorsorglich den Präsidenten der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) Nazih Musharbash aus Bad Iburg eingeladen. Er hielt einen sehr informativen und rhetorisch spannenden Vortrag über das Nationalstaatsgesetz – und dies vor vollem Saal mit höchst zufriedener Resonanz. Vorab wurde ein sehr betroffen machendes längeres inhaltliches Grußwort von Abed Schokry vorgetragen, da wir eine zunächst geplante skype-Übertragung aus technischen Gründen nicht realisieren konnten.

Führt der Weg Israels zu Rassismus und Apartheid?

Nazih Musharbash hielt einen überaus interessanten und informativen Vortrag über das 2018 von der Knesset verabschiedete Nationalitätengesetz. Dieses Gesetz, ein neuer Teil des israelischen Grundgesetzes, ist teilweise auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung von Israel umstritten.

Musharbash erläuterte sehr übersichtlich, dass sich dieses Gesetz in erster Linie gegen die Palästinenser richtet. So gilt das Recht auf Selbstbestimmung – gleich als erster Punkt unter „Grundprinzipien“ – „einzig für das jüdische Volk“. Das wird auch von jüdischen Staatsbürgern als „Rassismus“ betrachtet. Damit werden die zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser Staatsbürger zweiter Klasse. Unter Punkt vier wird als Staatssprache allein Hebräisch festgelegt. Arabisch wurde fallengelassen.

Das „gesamte und vereinigte“ Jerusalem wird als Hauptstadt festgeschrieben, gegen die UNO-Erklärungen und Palästina, das selbst Jerusalem als seine Hauptstadt sieht.

Die völkerrechtswidrige Besiedlung in den besetzten Gebieten und ihre „Weiterentwicklung“ sieht das Nationalstaatsgesetz als „nationalen Wert“. Ja „der Staat Israel „setzt sich dafür ein“ – so heißt es weiter – „die Etablierung und die Konsolidierung jüdischer Besiedlung anzuspornen und voranzutreiben“.

Mehrere bekannte israelische Persönlichkeiten wie der ehemalige Diplomat Schimon Stein und der Historiker Moshe Zimmermann kritisieren das Gesetz. Der aus Deutschland stammende US-Bürger Henry Siegman, Präsident des U.S./Middle East Project (USMEP), spricht sogar von Apartheid.

Der Referent bedauerte, dass diese neue politische Festschreibung von den USA unterstützt werde und die Öffentlichkeit der Weltgemeinschaft sich unverantwortlich in Schweigen hülle.

Detlef Griesche, Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V., begrüßte im Namen der Veranstalter die Anwesenden im vollbesetzten Saal des Gemeindezentrums Zion in Bremen.

Der Vortrag in einem Video-Beitrag: <http://nahost-forum-bremen.de/?p=8986>

Text und Fotos/Video: Hartmut Drewes, Bremer Friedensforum

4. Empfohlene Literatur

Dr. Reiner Bernstein

Wie alle Völker ...?

Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie

ISBN 978-3-534-40102-4

wbg Academic, Darmstadt 2019

Osama Zayed

Lehrbuch

für das syrisch-palästinensische Arabisch auf der Grundlage des Stadtpalästinensischen

ISBN 978-3-933769-07-7

Kenaan Verlag